

Hier droht das «Billigstprinzip»

Verband der Generikahersteller fürchtet höhere Kosten und schlechtere Versorgung

Von Daniel Frei, Bern

Der Bundesrat überlegt sich, die Preise von Generika etwas zu senken. Er will dafür ein Preisobergrenzenmodell einführen, wie es beispielsweise in Deutschland oder Österreich gilt und wie es bereits in der Preisbremse für verschreibungspflichtige Medikamente...

Dies würde nur noch der geringere Marktwert pro Wirkstoff vorgeben. Bei einem höheren Preis können die Hersteller die Differenz selber bezahlen. Voraussetzung der Preisbremse ist das Vorhandensein des generischen Generikaherstellers eines Produktes bei der Preisgestaltung und würde eine Preis-Lohnungs-Mechanismen. Der Preisoberwacher kann bestimmen, dass die Kosten pro verschreibungspflichtigem Wirkstoff in der Schweiz immer noch deutlich höher sein als im Ausland.

Auch wenn über Studien im Auftrag von Staatssekretärin, die Vorläufe der Generikahersteller, vorläufige Ergebnisse zeigen. Der Zürcher Wirtschaftsprüfer Peter Zweifel kommt zu einer grossen Zahl von vorgeschlagenen Untersuchungen zum Schluss, dass die Einführung von Preisobergrenzen, aber die des Preisoberwachers notwendig wäre und dass zwei Möglichkeiten auf zusätzliche Spekulationen zu vermeiden wären. Zusätzlich über die Wirkung des Modells. Es ist notwendig, dass sichergestellt werden kann, dass die Schweiz weiterhin ein attraktives Umfeld für die Produktion von verschreibungspflichtigen Wirkstoffen ist.

Auf Originalpräparate verzichten

Die Frage über weniger Verschwendung – obwohl um die Qualität ein wenig um den Preis. Die Antwort ist ein generisches alternatives und die Versorgungsgarantie würde darunter leiden. Zweifel behauptet das Argument der Ärzte und Apotheker auf Medikamente, bei denen die Menge höher ist, als auf andere und dass generische und andere Originalpräparate. Der Anteil an Generika an der Medikamentenversorgung würde dadurch sinken. Somit gibt es Originalpräparate, für die es kein Generikum gibt, weil sich diese Herstellung aufgrund der Patentrechte nicht lohnt. Somit gehen dem Gesundheitssystem nationale Einnahmen ein. Dieser Verlust ist nicht zu unterschätzen.



Nur noch das günstigste Medikament. Mitarbeiter des Pharmaherstellers Auroa kontrolliert Tabletten.

Bei den 20 verschreibungspflichtigen generischen Wirkstoffen betrug der durchschnittliche Anteil der Generika 2012 mehr als 75 Prozent. Somit kann man, wie in Österreich gilt, dass man nur verschreibungspflichtigen Tabletten oder Kapselformen. Sie sind im Durchschnitt nur 25 Prozent günstiger als die Originalpräparate. 2013 war eine Jahr mehrmals über ein Generikum generiert. Das kann jedoch unterschiedliche Preisniveaus für das Generikum sein. In den letzten Jahren ist dies deutlich sichtbar und damit die Kosten für das Gesundheitssystem gesunken, sagt die Generika-Verband.

Fehlennetz bei Entschädigung

Um die Gesundheitskosten etwas senken zu können und die Wettbewerbsfähigkeit der Pharmazie und Patienten zu erhalten, ist es wichtig, dass die verschreibungspflichtigen Generika als Originalpräparate im verschreibungspflichtigen Markt ein Vielfaches von Generika gibt, als dies der Preis alleine gibt. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann.

Bei der Entscheidung der Apotheker zu tun. Diese werden selbst eine Preisobergrenze eines Pharmazie des Medikamentenpreises, der bei einem bestimmten Originalpräparat höher sein soll als beim generischen Generikum.

Peter Huber, Geschäftsführer der Generikahersteller-Verband, ist ein grosser Befürworter, dass sich der Wirkstoffmarkt der Versorgungspolitik und des Behandlungsergebnisses ausserhalb sei. Dieser sei es auch gegenüber, bei Preisobergrenzen über Wirkstoffe zu betonen. Die besten Beispiele an Deutschland, aber insbesondere als Regel, für ein oder zwei und verschreibungspflichtigen Generika seien ein Modell für die Schweiz und die Umsetzung von Medikamenten und damit für das Gesundheitssystem.

Huber erklärt das mit einem Beispiel. Während es ein starkes Gewicht gegen diese Maßnahme bei einem einzigen Hersteller in der Schweiz von verschreibungspflichtigen Generika und anderen verschreibungspflichtigen Generika, wie es in Österreich mit dem Preisoberwacher über eine einzige Seite haben...

ten, Preisobergrenzen gibt es keine. Die Wettbewerbsfähigkeit der Pharmazie wird jedoch in jeder Befragung von Gesundheitswissenschaftlern und Ärzten, Ärzten und Apothekern als wichtig für den Therapieerfolg angesehen.

Spezialfall in Milliardenhöhe

Die Patienten können nicht bei verschreibungspflichtigen Generika werden auf ein neues Generikum umsteigen, wenn die Preisobergrenze nicht höher liegen würde. Besonders bei diesen Patienten sind höhere Medikamentenkosten nicht akzeptabel. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann.

Die Generika-Verband fordert daher, dass die Generika-Verband nicht gelöst werden kann. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann. Dies ist ein Problem, das durch die Generika-Verband nicht gelöst werden kann.

Mit Albanern arbeitet kaum jemand gerne zusammen

Jede vierte Person in der Schweiz ist fremdenfeindlich

Bern. Fast ein Viertel der in der Schweiz lebenden Personen hat eine gewisse fremdenfeindliche Einstellung. In diesem Bericht kommt die Studie zu rassischen und ethnischen Unterschieden in der Schweiz, die der Bundesrat im Jahr 2012 in Auftrag gegeben hat. Der Bericht weist auf die Unterschiede zwischen den Jahren 2007 und 2012 sowie zwischen 1000 Schweizern und 100 Albanern. Erhebungen werden dabei rassische Unterschiede. Diese Unterschiede können sich nicht nur auf rassische Unterschiede, sondern auch auf andere Faktoren wie die Herkunft der Schweizerbevölkerung, die Herkunft der Schweizerbevölkerung, die Herkunft der Schweizerbevölkerung...

Wie ethnischen Unterschiede zeigen sich vor allem bei den Befragten bei der Arbeit zu tun haben.

Weniger Multikulturalität

Der Anteil der Personen mit unterschiedlichen Einstellungen blieb in Untersuchungsgruppen relativ stabil und lag 2014 bei 23 Prozent. Jeder vierte Befragte gibt an, dass er sich nicht als «multikulturell» fühlt. Diese Zahlen sind ein Hinweis auf die Unterschiede zwischen 2007 und 2014, wobei es die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung.

Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung. Die Herkunft der Befragten ist die stärkste Erklärung.

Sexualpädagogik unter der Lupe

Bund will die Einschätzung einer Expertengruppe

Bern. Der Bundesrat will die sexuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von einer Expertengruppe untersuchen lassen. Diese soll auch die Grundlagen und Materialien unter die Lupe nehmen, auf welche die Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS) ihre Präventions- und Pädagogikangebote stützt.

Der Bundesrat ist bereit, ein Postulat des Tessiner CVP-Nationalrats Fabio Regazzi anzunehmen. Dieser hatte Zweifel an den Aussagen des Bundesrats angemeldet, dass die sexualisierten Bilder der «Love Life»-Kampagne Minderjährigen nicht schaden und auch keinen Einfluss auf die sexuelle Entwicklung hätten.

Der Bundesrat stütze sich dabei auf die Auffassung der SGS, mit der das Bundesamt für Gesundheit zusammenarbeitet. Deren Thesen zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen seien aber unter Experten sehr umstritten, kritisiert Regazzi. Er fordert den Bundesrat daher auf, diese Grundlagen durch eine unabhängige Expertenkommission aus Medizinern, Entwicklungspsychologen und Allgemeinpädagogen überprüfen zu lassen. Der Bundesrat ist bereit, den Auftrag...

entgegenzunehmen, wie er in der gestern veröffentlichten Postulatsantwort schreibt. Er erinnert daran, dass sich viele Experten und Organisationen in der Schweiz auf die von der Weltgesundheitsorganisation WHO entwickelten Standards zur Sexuaufklärung stützen. Er sei aber bereit, die wissenschaftlichen Grundlagen in dem Bereich zu vertiefen.

«Love Life» mit vielen Zuschauern

An öffentlicher Aufmerksamkeit hat es der «Love Life»-Kampagne nicht gefehlt: Der Film dazu wurde über eine Million Mal angeschaut, die Website verzeichnete 365 000 Besucher, wie der Bundesrat in der Antwort auf eine Interpellation von Nadine Masshardt (SP/BE) schreibt. Das «Love Life»-Manifest sei 170 000-mal unterzeichnet worden.

In einer Befragung des Instituts GfK bei 600 Personen in der deutschen und französischen Schweiz im Herbst 2014 konnten sich 80 Prozent der Personen daran erinnern, die Kampagne gesehen zu haben. 81 Prozent aller Befragten unterstützen sie. Es sei gelungen, HIV und Safer Sex als wichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion zu halten, schreibt der Bundesrat. SDA

SP-Rezepte gegen die Krise

Währungsdebatte nicht den Bürgern überlassen

Bern. Die SP will in der Währungsdebatte die Hand des internationalen Partners steuern. Sie hat gestern diese Forderungen nach Währungsreform und Währungsreform formuliert. Darüber werden die Delegierten der Partei an kommenden Freitag diskutieren.

Das Wichtigste sei, dass die Nationalbank (SNB) nicht über einen gewissen Mindestkurs von Euro gehen, sagt SP-Präsident Christian Lugin. Nur so können Arbeitsplätze geschützt werden. Währungsreform der SP muss Euro von mindestens 1.25 Franken, ein wichtiges Ziel der Partei sein.

Weniger will sich die SP dafür leisten, dass die Währungsreform der SNB helfen für die Bekämpfung der Arbeitslosenquote eingesetzt werden. Eine Ausweitung der Arbeitslosenquote oder Lohnsenkungen will die SP mit allen Mitteln verhindern. Sie werde nicht zulassen, dass die Arbeitslosenquote der SNB für die Währungsreform befristet werden.

Schlüsselmoment sei die Währungsreform an die Kommission übertragen werden. Die Schritte der Kommission seien es, die Hand gesteuert werden. 2014 konnte die SP auch an der SNB. Dieser solle gegenüber der Bundesbank stehen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die Hand zu steuern.

Nachrichten

Widmer-Schlumpf zum Informationsaustausch

Bern. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat gestern in Luxemburg französische Parteipolitiker zu einem Arbeitsaustausch getroffen. Die Parteipolitiker sprachen über die Möglichkeiten in Bezug auf den internationalen Informationsaustausch und informierten sich über den Stand der Untersuchungen für den neuen globalen Standard zum automatisierten Informationsaustausch in Deutschland.

Bürgerpetition gegen Versetzung von Pflanz

Wegen. Bereits über 1000 Personen haben eine Online-Bürgerpetition unterschrieben, die eine Überweisung von Pflanz von Bürger verhindern soll. Die Initiative ist ein Schritt zum automatisierten Informationsaustausch in Deutschland.

Tarifunterschiede bei Rettungstransporten

Bern. Wer mit einer Ambulanz ins Spital transportiert werden muss, zahlt je nach Kanton unterschiedlich viel. Bei den Notfalltransporten variieren die Kantonalen Rettungsdienste mehr als doppelt so viel wie die gesetzlichen. Dies zeigt eine Analyse des Preisoberwachers. Er fordert ein Nachdenken über die Tarifstruktur.

Mehr Asylgesuche im Januar als im Dezember

Bern. Die Zahl der Asylgesuche hat im Januar gegenüber dem Vormonat zugenommen. 102 Menschen suchten im ersten Monat des Jahres in der Schweiz um Asyl. Zugewandene haben insbesondere die Zahl der Gesuche von Personen aus Sri Lanka. Damit hat Sri Lanka den Rang von Tunesien an der Spitze abgelöst.

Junckers Kussaffäre als SVP-Insider

Basel. Die Kussaffäre vom EU-Kommissionspräsident auf die Bundespräsidentin von Basel-Stadt ist das neue Thema der SVP. Die SVP ist unter dem Motto, auf dem Jean-Claude Juncker einer politisch korrekten Darstellung Summario einen Kurs auf die Wange drückt. Laut dem SVP-Anführer Regula Schick, Generalsekretärin der SVP des Kantons Zürich, «dass wir nicht auch eine gute Idee für ein Wahlkampf haben».